



駐德國台北代表處

Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland



Taiwan Newsletter

Politik

Präsidentin Tsai: Dialog zwischen Hongkonger Bürgern und Regierung notwendig



Präsidentin Tsai erklärte vor Kurzem, dass Taiwan als Mitglied des demokratischen Lagers für die nach Freiheit und Demokratie strebenden Hongkonger Bürger eine unterstützende Haltung einnehmen müsse, sich aber nicht einmischen werde. Sie rief den Behörden in Peking und Hongkong, mit den Bürgern zu sprechen und keine falschen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Chinas Büro für Taiwan-Angelegenheiten hatte der DPP vorgeworfen, sich heimlich in die Protestkundgebungen in Hongkong einzumischen und Taiwan mit Konsequenzen gedroht.

Daraufhin hatte die Präsidentin betont: „Wir unterstützen aber wir werden nicht intervenieren. Ich möchte den Pekinger und Hongkonger Behörden nur einen Satz nahelegen und hoffe, dass sie diesen auch hören können. Schieben sie nicht die Verantwortung für die Verschlechterung der Situation auf nicht existierende externe Kräfte. Verweigern sie nicht Gespräche mit den Bürgern und ziehen sie auf keinen Fall falsche Schlüsse, die historischen Schaden anrichten können.“

Das Außenministerium in Taipeh rief zu einem friedlichen und vernünftigen Dialog auf und zeigte sich über die Entwicklung besorgt. Gewalttätige Unterdrückung beseitige keine Probleme, Hongkongs Regierung müsse die Stimme des Volkes anhören, sagte ein Sprecher des Außenministeriums.

Außenminister Wu: Wenn China angreift, ist Kampf unvermeidlich



Außenminister Joseph Wu sagte in einem Interview mit dem australischen Radiosender ABC, dass im Falle eines Angriffs von China eine Gegenwehr der taiwanischen Bürger unvermeidlich sei.

ABC berichtete in seiner Sendung „Auslandskorrespondent“ über die Proteste in Hongkong und ging angesichts des zunehmenden Drucks und Einflusses Chinas der Frage nach, ob Taiwan das mögliche nächste Ziel sei.

Außenminister Wu betonte, dass die der Demokratie vertrauenden Bürger Taiwans deutlich zum Ausdruck gebracht hätten, an keiner Vereinigung mit China interessiert zu sein. Taiwan sei sich der Verantwortung bewusst, einen Krieg zu vermeiden.

Seit der Regierungsübernahme durch die DPP im Jahr 2016 verhalte sich die taiwanische Regierung sehr vorsichtig und vermeide, China einen Vorwand für eine Gewaltausübung gegen Taiwan zu geben.

Sollte China gegen Taiwan Gewalt einsetzen, gehe er davon aus, dass der Kampf der letzte mögliche Weg für Taiwan sei.

Besorgt zeigte sich der Außenminister über Desinformationskampagnen gegen verschiedene Regierungsabteilungen in Taiwan, die China im letzten Jahr durchgeführt hatte und die Misstrauen streuen sollten.

Wirtschaft

APEC-Konferenz über Austausch medizinischer Informationen in Taiwan



Am 9 August ging eine Konferenz der Asiatisch-pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC) über den Austausch medizinischer Informationen in Taipeh zu Ende.

An der vom Ministerium für Gesundheit und Soziales (MOHW) organisierten Konferenz nahmen über 300 Wissenschaftler, Wirtschaftsrepräsentanten, Fachleute und Offizielle aus Taiwan und anderen APEC-Mitgliedsvolkswirtschaften wie Australien, Indonesien, Japan, Kanada, Peru, Russland, Singapur, Südkorea und den USA teil.

Während der zweitägigen Veranstaltung erörterten die Teilnehmer Schlüsselthemen wie die Macht des medizinischen Informationsaustauschs zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge, Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT)

sowie Behandlungsstandards in medizinischen Einrichtungen.

Taiwans Nationale Krankenversicherung (NHI) hatte 2013 das Verwaltungssystem für medizinische Aufzeichnungen PharmaCloud eingeführt.

Aufgrund der Vermeidung von doppelten oder übermäßigen Medikationsverschreibungen ergaben sich bis Juni 2019 Gesamteinsparungen in Höhe von etwa 10,5 Mio. Euro.

Durch den Cloud-gestützten Austausch klinischer Testergebnisse werden voraussichtlich im gleichen Zeitraum etwa 34,16 Mio. Euro eingespart.

Taiwan hat seit seinem APEC-Beitritt 1991 in Bereichen wie Katastrophenschutz, Nahrungsmittelsicherheit, Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen und der Ermächtigung von Frauen bedeutsame Beiträge für das regionale Wirtschaftsforum geleistet.

Veranstaltung

Podiumsdiskussion: „Die Situation von Menschenrechten weltweit“



Vom 9. bis 11. August lud die Friedrich-Naumann-Stiftung - Für die Freiheit (FNF) zu einer dreitägigen Veranstaltung in den Taiwan Kultursaal der Taipeh Vertretung.

Am 9. August waren Gyde Jensen, Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, Wenzel Michalski, Direktor von Human Rights Watch Deutschland, und Dr. Julia Duchrow, Leiterin der Abteilung Politik und Activism bei Amnesty International in Deutschland, als Referenten dabei.

Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Ralf Erbel, Leiter des Länderbüros Berlin-Brandenburg der FNF.

Botschafter Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh bekundete in seiner Begrüßungsrede die Solidarität von Taiwan mit den Demonstranten in Hongkong, die nach Freiheit, Demokratie und Menschenrechten streben.

An der Veranstaltung nahmen mehr als 150 Gäste teil.